03/04 | 2021

Landes-SGK EXTRA
Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

SGK Sachsen e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen-Anhalt e.V.

Chemnitz beschließt Doppelhaushalt 2021/2022

Trotz Corona-Krise: Impulse für Wirtschaft, Kultur und sozialen Zusammenhalt

Autor SPD-Fraktion Chemnitz

Wie viele andere Kommunen auch hat Chemnitz gerade mit den finanziellen Folgen der Corona-Krise zu kämpfen. Foto: pixabay.com

Die Pandemie und der Umgang damit haben unser Miteinander auf die Probe gestellt und der Handlungsfähigkeit von Politik deutlich Grenzen aufgezeigt. Gerade auf der Ebene der Kommunalpolitik waren viele Handlungsspielräume einfach mit Verordnungen und Verfügungen begrenzt. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Eltern im Homeschooling, für Selbstständige, die nicht wissen, ob sie ihr Geschäft überhaupt wieder öffnen werden, für die Beschäftigten, die seit rund einem Jahr in Kurzarbeit mit Gehaltseinschränkungen sind – für sie alle war und ist es ein Krisenjahr. Vor diesem Hintergrund ist der beschlossene Chemnitzer Haushalt ein Krisenhaushalt, der nach außen hin deshalb auch Zeichen setzen muss: Was ist in dieser Krisenzeit prioritär, wie kommen wir nach dem Ende der Pandemie wieder auf die Beine und wo sollen und müssen wir unterstützen?

Chemnitz 2025 europäische Kulturhauptstadt

Die Juryentscheidung zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 gibt Chemnitz dabei zusätzlich Schwung – als eine Art Konjunkturprogramm für die Stadt mit städtebaulichen und kulturellen Möglichkeiten, die in der aktuell pandemiebedingten Situation eigentlich kaum zu stemmen sind. Aber dank eines soliden Haushalts 2019/2020 ist es gelungen, aus dem Krisenhaushalt keinen Sparhaushalt werden zu lassen. Dennoch bleibt eine Deckungslücke von 80 Millionen Euro. Für Investitionen ist die Aufnahme von Krediten in Höhe von mehr als 90 Millionen Euro vorgesehen. Die Gesamtverschuldung der Stadt erhöht sich in den kommenden fünf Jahren deutlich.

Schwerpunkte der SPD-Fraktion

Die SPD-Stadtratsfraktion ist in der Stadtratssitzung am 31. März mit dem Anspruch herangegangen, möglichst wirksame Maßnahmen zu setzen, um nach der Pandemie Dinge wieder anzuschieben.

Durch die letzte große Wirtschaftskrise ist unsere Stadt mit ihrer besonderen Unternehmensstruktur gut durchgekommen. Die aktuelle Krise trifft viel mehr Beschäftigte und Unternehmen, fällt mit dem Wandel im Einzelhandel zusammen und braucht ein Gegensteuern. Impulse für die Chemnitzer Wirtschaft erhoffen wir uns durch Mikroprojekte für die Innenstadt und Mittel für die dringend benötigten Gewerbeflächen. Mithilfe eines Innenstadtfonds sollen deshalb Gewerbetreibende und Kulturschaffende in der Chemnitzer City gestärkt werden.

Weil der Klimawandel keine Corona-Pause eingelegt hat, wollen wir die Gesundung des Chemnitzer Waldes

Inhalt

Sachsen
Chemnitz beschließt Doppelhaushalt 2021/2022

SPD-Fraktion Dresden: Menstruation ist kein Luxus

Thüringen
Novelle der Thüringer Kommunalordnung verabschiedet

Neues Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich veröffentlicht

Ideen für kommende DEMO-Ausgaben gesucht

Sachsen-Anhalt
Ein Landrat für Menschen und Ideen

Alleingelassen und schlecht ausgerüstet

unterstützen. Hierfür werden weitere Stellen für Forstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter geschaffen sowie Mittel für Teichsanierungen und die Pflege des städtischen Waldes eingestellt.

Die Möglichkeit, einmal im Monat auch erwachsenen Besuchern und Besucherinnen den Eintritt in unsere Museen zu erlassen, wollen wir fortsetzen, damit der Familienausflug auch mit kultureller Bildung verbunden werden kann. Da gerade die Kinder und Jugendlichen die großen Verlierer der Pandemie sind, bleibt das Programm der Kita-Sozialarbeit und der Unterstützungsoffensive erhalten und weitere drei Stellen in der Sozialarbeit werden geschaffen. Außerdem erhält die freie Kulturszene 2021/2022 noch einmal 350.000 Euro mehr.

Verzicht auf Großprojekte

Einem neuen Bau-Großprojekt konnte die SPD-Fraktion hingegen nicht zustimmen. Wichtiger ist es, dass die begonnenen Bauten fertig werden, damit die Chemnitzerinnen und Chemnitzer Ergebnisse sehen.

Aus Sicht unseres SPD-Fraktionsvorsitzenden Detlef Müller war es bei der Bewertung der zahlreichen Änderungsanträge vor allem zentral, die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts nicht in Frage zu stellen: „Eine vorläufige Haushaltsführung bis in den Herbst, verbunden mit Konsolidierungsmaßnahmen, bei denen wir dann nur noch vor die Wahl gestellt werden, wo wir massiv einkürzen – diese Ungewissheit und Hängepartie werden wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten."

Aus Sicht von Detlef Müller kann ein städtischer Haushalt ausbleibende Förderungen aus Bund und Land nicht ausgleichen – auch wenn es alle umtreibt, dass manche Vereine und Träger aktuell im Ungewissen sind, ob sie sich im neuen Haushalt des Freistaats wiederfinden: „Die Kommune hat einige schwergewichtige Aufgabenfelder, beispielsweise in der Jugendhilfe, die sie so ziemlich allein stemmt. Aber die Rolle als Ausfallbürge geht über das Leistungsvermögen der Stadt hinaus."

SPD-Fraktion Dresden: Menstruation ist kein Luxus

Kostenlose Bereitstellung von Produkten der Monatshygiene für mehr Gleichstellung

Autor*innen Hannah Seeberger und Richard Kaniewski, SPD-Fraktion Dresden

Laut einer britischen Umfrage der Huffington Post haben Frauen* im Durchschnitt jährliche Aufwendungen in Höhe von 550 Euro im Zusammenhang mit ihrer Periode. Davon entfällt etwa die Hälfte für Binden und Tampons oder andere Artikel der Monatshygiene. Die andere Hälfte wird für Schmerzmittel, neue Unterwäsche und Schokolade ausgegeben. Die Erhebung zeigt: Menstruation ist nicht nur teuer, sondern auch unangenehm, anstrengend und schmerzhaft.

Im Januar 2021 hat die SPD-Fraktion Dresden einen Antrag eingereicht, der die kostenlose Bereitstellung von Produkten der Monatshygiene auf städtischen Toiletten vorsieht. Zusätzlich soll Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) beauftragt werden, diese Produkte auch auf öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet bereitzustellen. Zudem soll sich die Stadtverwaltung gegenüber der sächsischen Staatsregierung auch für die kostenlose Bereitstellung von Produkten der Monatshygiene auf den Toiletten von Ministerien, Hochschulen und weiteren Landeseinrichtungen einsetzen.

Wir reizen die übliche kommunale Regelungskompetenz absichtlich aus, denn wir haben es hier mit einem echten, einem grundsätzlichen Gleichstellungsproblem zu tun.

Das Kostenproblem

Eine Frau* kann sich nicht aussuchen, dass sie ihre Periode bekommt. Folglich sind Hygieneprodukte wie Tampons, Binden, Einlagen, Menstruationstassen und Co. Teil des weiblichen* Grundbedarfs. Es bedurfte zweier deutschlandweiter Petitionen, um diesen Grundsatz verbindlich festzuhalten. Seit 2020 gilt für Produkte der Monatshygiene nur noch ein Mehrwertsteuersatz

Richard Kaniewski ist Sprecher für Gleichstellung der SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat. Foto: SPD Dresden

von sieben anstatt von 19 Prozent. Was eine echte Erleichterung und ein immerhin kleines positives Zeichen in Richtung Gleichstellung hätte werden können, wurde durch die herstellenden Unternehmen jedoch sogleich zunichtegemacht – viele von ihnen erhöhten kurzerhand ihre Gewinnmargen, die Steuersenkung machte sich am Geldbeutelinhalt nicht wirklich bemerkbar.

Eine Erhebung darüber, wie viel frau in Deutschland für ihre Monatsblutung ausgibt, existiert bislang nicht. Verschiedene Berechnungen gehen von etwa fünf Euro pro Periode aus. Im Hartz IV-Regelsatz sind 15,55 Euro für Gesundheitspflegeprodukte vorgesehen. Frauen* in Transferleistung müssten also beispielsweise ein Drittel dieses Budgets allein für ihre Periode ausgeben. Das stellt eine echte Ungleichbehandlung gegenüber Menschen dar, die nicht menstruieren.

Produkte der Monatshygiene sind ein echter Kostenfaktor für Frauen*. Im Idealfall sollten sie daher kostenlos erhältlich sein.

Das Verfügbarkeitsproblem

In den Fokus unserer Initiative haben wir die Toiletten in Rathäusern und Verwaltungsgebäuden, städtischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Berufsschulen, städtischen Museen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Bibliotheken gestellt.

Jetzt könnte man(n) argumentieren, dass dies größtenteils Einrichtungen sind, bei denen die Beschäftigten die fünf Euro im Monat für Hygieneprodukte gut verkraften könnten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Neben dem „ob" können sich Frauen* auch das „wann" nicht aussuchen. Hinzu kommt, dass es sich beim Thema Menstruation nach wie vor teils um ein Tabuthema handelt. Besonders älteren Menschen fällt es nicht leicht, über dieses Thema zu sprechen und andere Frauen* zum Beispiel um ein Tampon oder eine Binde zu bitten.

Würden auf allen Toiletten Menstruationsprodukte ausliegen, wäre das kein zusätzlicher Luxus, sondern lediglich eine Maßnahme, die die Periode von Frauen* nur etwas weniger unangenehm macht.

Eigentlich ein Bundesproblem

Im Sinne der Gleichstellung sollten Produkte der Monatshygiene eigentlich kostenlos oder wenigstens steuerfrei zur Verfügung gestellt werden. Solange der Bund hier aber nicht aktiv wird, können und sollten Kommunen einspringen und mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist es, was wir mit unserem Ansinnen erreichen wollen: Vorbild sein, Gesellschaft sensibilisieren und Tabus brechen.

DIE AGENTUR AN EURER SEITE

Die SPD-Agentur mit TARIF-VERTRAG

ASK Berlin

KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- Coaching von Kandidat*innen
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf
- Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung

PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Coaching
- Sounddesign
- Technische Umsetzung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- Vermittlung Sprecher*innen

TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung

EVENTS

- Digital, hybrid & vor Ort
- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Teilnehmer*innenmanagement

GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Logoentwicklung
- Corporate Designs
- Einbindung ins Druckportal

VIDEO

- Imagefilme & Interviews
- Animationen & Tutorials
- Webstudiokonzeption & -beratung

SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK Berlin

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

WWW.ASK-BERLIN.DE

Novelle der Thüringer Kommunalordnung verabschiedet

Von verpassten Chancen und genutztem Spielraum

Autor Vincent Ackermann, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Georgenthal

Selbst für kleine Kommunen wie Georgenthal sind Änderungen in der ThürKO spürbar. Foto: Vincent Ackermann

Was für Friseur*innen Schere und Kamm sind, sind für kommunale Abgeordnete die lokal gültige Hauptsatzung und die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Gerade um Letztere wird auf den Fluren des Landtags und in unzähligen Videokonferenzen im ganzen Freistaat seit über einem Jahr gestritten und es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass trotz eines gefundenen und umgesetzten Kompromisses weiterer Änderungsbedarf besteht. Den Stein des Anstoßes für Änderungen stellte die COVID-19-Pandemie dar, die Versammlungen kommunaler Gremien zur gesundheitlichen Gefahr werden ließ und so dafür sorgte, dass sich Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte mehr als ein halbes Jahr lang nicht mehr trafen. Entscheidungen wurden per Notverordnung getroffen und im Nachgang durch die Gremien im Zweifelsfall abgenickt. Dass die parlamentarische Demokratie so ad absurdum geführt wird, wurde allen Beteiligten schnell klar. So bot sich für die mittlerweile in die Jahre gekommene Kommunalordnung ein Fenster für längst überfällige Änderungen.

Und dieses Fenster wurde von allen Fraktionen im Landtag nicht nur genutzt, sondern regelrecht aus den Angeln gehoben. Während die Fraktion DIE LINKE eine gefühlte Entmachtung hauptamtlicher Mandatsträger*innen plante, wollte der Städte- und Gemeindebund dieses Fenster am liebsten zugemauert und die Öffentlichkeit von Versammlungen grundsätzlich gerne aus der Ordnung entfernt sehen. In diesem Zwiespalt gefangen, wurde ein Kompromiss von R2G und CDU getroffen, der an vielen Stellen den Anspruch an progressive Politik im 21. Jahrhundert vermissen lässt, aber in Anbetracht der Landtagskonstellation alle Achtung verdient.

Ja, digitale Ratsversammlungen sind endlich erlaubt, jedoch nur in Pandemie- und Katastrophensituationen. In Zeiten von Gemeindezusammenlegungen und ausgedünnten ÖPNV-Netzen kann so eine Gemeinderatssitzung zur Tagesreise werden oder sogar im Vorfeld Hürden erzeugen, die gerade ältere und junge Menschen davon abhält, sich in Kommunalpolitik einzumischen. Hier wurde ebenso viel Potential verschenkt wie bei der Chance der generellen Öffnung von Ausschüssen für die Öffentlichkeit. Diese fand leider nicht den Weg in die neue Kommunalordnung. So bleibt Politik für viele genau das, als was sie auch vorher wahrgenommen wurde – ein Hinterzimmergeklüngel für männliche Mittfünfziger.

Vincent Ackermann, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Georgenthal und sachkundiger Bürger im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und ÖPNV des Kreistags Gotha Foto: Kevin Groß

Aber es gibt auch Erfolgsstories, mit denen ich persönlich nicht gerechnet hätte: Im Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl von 2019 wurde das Ziel gesetzt, die kommunale Daseinsvorsorge zu stärken. Mit der Novellierung der Kommunalordnung scheint nun genau das geglückt zu sein. Endlich werden der ÖPNV, der Wohnungsbau und auch die Gesundheitsversorgung als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge in der Ordnung verankert. Vor allem die Änderungen im Wohnungsbau helfen kleinen Kommunen dabei, einfacher auf dem Wohnungsmarkt tätig zu sein und damit günstige Mieten auch auf dem Land und in der Peripherie jenseits der A4 anzubieten.

Auch Jugendparlamente und -beiräte, die es bereits vielerorts gibt, werden durch Änderungen der Ordnung auf festeren Boden gestellt. Man kann sich trefflich darüber streiten, welche Form der Beteiligung Jugendlicher die Beste ist. Wichtig ist, dass erstmals überhaupt eine Beteiligung bei Themen, die diese Gruppe betreffen, eingeräumt wird.

Ein kleines Kuriosum stellt jedoch die Festschreibung von Einwohner*innen-Fragestunden für Gemeinde- und Kreistagssitzungen dar. Jedes halbwegs ernstzunehmende demokratische Gremium hat diese längst in die Praxis umgesetzt.

Und so zeigt sich doch, dass mit der Novellierung der Kommunalordnung nicht der Blick nach vorn, sondern vor allem in die Vergangenheit gerichtet wurde. Am Horizont zeigt sich jedoch bereits jetzt, dass mit dieser Herangehensweise wohl zu kurz gegriffen wurde. Die Greensill-Pleite, die einige Kommunen betrifft, führt genau das vor Augen.

Es kann daher jetzt schon davon ausgegangen werden, dass im kommenden Jahr die Kommunalordnung noch einmal die Debatten im Landtag und in den Kommunen bestimmen wird. Es bleibt dann nur die Hoffnung auf ein progressives Bündnis nach der Landtagswahl diesen Herbst.

Vincent Ackermann im Web
www.linkedin.com/in/vincentackermann/
twitter.com/pfinz
www.instagram.com/vincent.fyi/
mail@vincentackermann.de

Neues Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich veröffentlicht

Eine gute Diskussionsgrundlage für eine Reform

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion

Zum aktuellen Gutachten über den Kommunalen Finanzausgleich des Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) äußerte sich kürzlich die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Janine Merz:

„Das vorgelegte Gutachten stellt eine gute Diskussionsgrundlage dar, um den KFA weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für den Ansatz, die Kriterien für die Bedarfsermittlung künftig stärker auszudifferenzieren, um den individuellen Bedarf der Gemeinden und Landkreise besser im KFA abzubilden. Es liegt auf der Hand, dass zum Beispiel Gemeinden mit einer älteren Bevölkerung in anderen Bereichen höhere Bedarfe haben als Gemeinden mit einer jüngeren Bevölkerung und vielen Kindern im Schul- und Kindergartenalter. Gleiches gilt Gemeinden und Städte mit besonders vielen Straßen und großer Flächenausdehnung. Das gleiche Ziel, neben den Einwohner*innen weitere Kriterien zu berücksichtigen, verfolgen wir mit den Demographie- und Flächenansätzen, die im Finanzausgleichsgesetz 2021 erstmals verankert wurden."

Janine Merz, Kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Thüringen
Foto: Tino Sieland

Anzeige

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.
Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Ute Vogt, MdB

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Bestätigung bisheriger Investitionsförderungen

Das Gutachten befürwortet weitere Zuweisungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs, um die Investitionstätigkeit der Kommunen zu unterstützen. Darin sieht Merz eine Bestätigung der bisherigen Investitionsförderungen: von 100 Millionen pro Jahr bis zum Jahr 2024, die ohne Zweckbindung als pauschale Zuweisungen auszureichen sind. Derartige Investitionsprogramme seien zu verstetigen.

Auskömmliche Finanzierung

Laut Gutachten hat der Freistaat Thüringen die Gemeinden und Landkreise auskömmlich finanziert. Lediglich die Verteilung der Schlüsselmasse für Gemeinde- und Landkreisaufgaben solle zugunsten der Gemeinden angepasst werden.

„Ich denke nicht, dass die Schlüsselzuweisungen für die Landkreise nach dem Vorbild des Gutachtens derart drastisch gekürzt werden sollten. Gerade in der Corona-Pandemie erfüllen die Landkreise wichtige Aufgaben, die gesichert sein müssen. Außerdem riskieren wir, dass die Landkreise ihre Kreisumlagen erhöhen müssen, um sich das Geld von den Gemeinden zu holen, die wir eigentlich besserstellen wollen“, gibt Janine Merz zu bedenken.

Sonderlastenausgleich für Kurorte

Nicht nachvollziehbar ist laut Janine Merz auch die Empfehlung zur Streichung des Sonderlastenausgleichs für Kurorte.

„Für die Anerkennung als Kurorte müssen Gemeinden eine bestimmte Infrastruktur aufbauen und erhalten, sind aber gleichzeitig bei Gewerbeansiedlungen im Nachteil. Wenn uns die Kurorte als Bestandteil der Thüringer Tourismuslandschaft wichtig sind, sollten wir diese auch weiterhin fördern. Daran werden wir nicht rütteln. Einen neuen Sonderlastenausgleich für den kommunalen Straßenbau, wie ihn das Gutachten vorschlägt, halte ich hingegen für ein probates Mittel, um den Investitionsstau der Kommunen in diesem Bereich abzubauen“, so Janine Merz abschließend.

Janine Merz im Web
www.facebook.com/janine.merz2020
twitter.com/janinemerz
www.instagram.com/hallo_janine/
janine.merz@spd-thl.de

Hintergrund

Im August 2020 wurde das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln) vom TMIK beauftragt, ein Gutachten zur Überprüfung des vertikalen und horizontalen kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen zu erstellen. Dieses liegt nun vor.
Das Gutachten des FiFo Köln enthält eine Analyse der Bedarfe von Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten und stellt sie in Relation zu den Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften.

Das Gutachten kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden: https://innen.thueringen.de/kommunales/kommunales-finanzwesen/kfa

Kommunalpolitik lebt von Mitarbeit

Eure Ideen für kommende DEMO-Ausgaben gesucht

Autor Vincent Ackermann

Ihr habt bei euch vor Ort ein Projekt, das so gut läuft, dass ihr gerne eure Genoss*innen in Thüringen darüber informieren wollt?

Ihr wisst, wie für euch die ideale sozialdemokratische Kommune aussehen muss?

Dann schreibt uns eure Ideen, Initiativen und Projekte als Artikel und wir sorgen dafür, dass sie auf der Thüringenseite der DEMO veröffentlicht werden.

Mail-Adresse:
info@sgk-thueringen.de

Ein Landrat für Menschen und Ideen

SPD will mit Sven Paul an die Spitze des Landkreises Wittenberg

Autorin Katharina Zacharias

Sven Paul, Landratskandidat für Wittenberg
Foto: Enrico Hilgers

Sven Paul ist 41 Jahre alt, diplomierter Volkswirt und arbeitet im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er ist verheiratet, Vater der 15-jährigen Zwillinge Hanna und Leona und des 8-jährigen Jasper.

Sven, wie bist du zur Politik gekommen?
Durch die Wende. Die Auf- und Umbruchjahre danach waren meine Jugend. Ich habe zwar gemerkt, dass sich etwas verändert, es aber nicht verstanden.

Es hat lange gedauert, bis ich gelernt habe, dass der Unterschied die Demokratie, die Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger ist. Für viele Menschen ist „die Politik" aber weiter etwas, mit dem man nichts zu tun hat. Über diese ständige Diskussion, dass Politik nicht „die da oben" sind, sondern jede und jeder von uns, bin ich dann selber in die Politik gekommen.

Deshalb ist es mir wichtig, die Menschen und ihre Ideen in die Politik einzubeziehen und zu zeigen, dass sie ihr Umfeld mitgestalten können.

Wie willst du das als Landrat machen?
Ich will den Landkreis erstens als zuverlässigen Leistungserbringer stärken. Das schafft Vertrauen und stärkt die Bereitschaft, sich einzubringen. Das Impfen muss laufen, die Schulen müssen digitalisiert werden, der Kinder- und Jugendschutz muss gewährleistet sein. Das sind in der Corona-Krise gewaltige Aufgaben.

Zweitens muss der Landkreis ein Partner für die sein, die sich engagieren. Er muss mit den Kommunen im Austausch stehen, die die Lebensbedingungen vor Ort gestalten. Die Zusammenarbeit mit Trägern und Verbänden, mit Feuerwehren und Vereinen möchte ich ausbauen. Das ist auch ein Zeichen von Respekt gegenüber denen, die sich engagieren. Drittens will ich den Kreistag darin bestärken, politisch zu argumentieren und politische Entscheidungen zu treffen, damit die Menschen sehen, dass ihre Wahl und die aktive Mitarbeit in den Parteien einen Unterschied machen kann. Es gibt ja nicht die eine „gute Politik". Es werden knappe Mittel so eingesetzt, dass sie entweder der einen Gruppe oder der anderen Gruppe nutzen. Politik muss da entscheiden.

Die Verantwortung liegt aber am Ende doch bei dir.
Das stimmt. Die Verantwortung werde ich übernehmen.

Wie gut liegen die Chancen bei den Landratswahlen am 6. Juni?
Du fragst mich drei Monate vor der Wahl. Bis jetzt liegen die Chancen sehr gut, schon allein deshalb, weil ich bisher der Einzige bin, der dem derzeitigen Landrat Jürgen Dannenberg nachfolgen will. Ich gehe aber davon aus, dass weitere Bewerberinnen und Bewerber ihren Hut in den Ring werfen.

Stellen wir uns vor, du gewinnst. Wo steht der Landkreis Wittenberg dann in sieben Jahren?
Der Landkreis soll in sieben Jahren als Region bekannt sein, in der man modern leben kann. Ländlich, nachhaltig, in Gemeinschaft. Wir sollten uns den Gedanken der Sachsen-Anhalt-Kampagne zu eigen gemacht und weiterentwickelt haben: modern denken, modern leben. Mit dieser Botschaft, die wir mit Familienfreundlichkeit, vernetzter Infrastruktur, digitalem Bürgerservice und breiter Unterstützung für Engagement unterlegen, gewinnt der Landkreis Familien und Rückkehrer.

Das sind ehrgeizige Ziele. Viel Erfolg!
Danke! Dir auch viel Erfolg am 6. Juni bei der Landtagswahl, Katharina. Der Landtag und die Landkreise müssen gerade beim Thema Familienfreundlichkeit eng zusammenarbeiten. Da wäre es toll, wenn du in den Landtag einziehst!

Mehr Infos über Sven, seine Themen und wie man mit ihm Kontakt aufnimmt auf www.svenpaul.de

Alleingelassen und schlecht ausgerüstet

Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie

Autorin Nadine Hofmann

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland im Frühjahr 2020 wurden verschiedenste Maßnahmen ergriffen, um das neuartige Virus einzudämmen. Unter anderem waren die Schulen und Kitas in unserem Land betroffen, welche im März mit als erstes schließen mussten.

Die Folge dieser Schulschließungen war eine alltägliche Herausforderung für Schüler*innen und Lehrkräfte, welche eigenständiges Lehren und Lernen von zu Hause aus im virtuellen Raum kennenlernen und realisieren mussten.

Dies gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht. Durch die fehlenden Investitionen in die Bildung und die daraus resultierenden Unterschiede bei den Lernvoraussetzungen der Schüler*innen war ein funktionierender, rein digitaler Unterricht, welcher für alle Teilnehmenden einwandfrei funktioniert, nicht möglich. Der Grund? Einige Schüler*innen haben weder die technische Möglichkeit noch die digitalen Kompetenzen, um am Online-Unterricht teilzunehmen. Laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft haben nur knapp 28 Prozent aller zwölfjährigen Schüler*innen einen eigenen Computer zur Verfügung. Bei Kindern aus sozioökonomisch schwächeren Familien liegt der Anteil nur bei 15 Prozent. Viele Schüler*innen bearbeiten die von der Lehrkraft per E-Mail gestellten Aufgaben auf dem Papier und schicken ihre Ergebnisse per Smartphone zurück.

Eine weitere Herausforderung für die Kinder in unserem Land war und ist die Hürde des selbstorganisierten Lernens. Laut einer Studie des ifo-Bildungsbarometers 2020 hat sich die Zeit, die Schulkinder mit schulischen Aktivitäten verbracht haben, von 7,4 auf 3,6 Stunden täglich halbiert. Die Zeit, die sie mit schulischen Aktivitäten verbracht haben, mussten sie in selbstständiger Arbeit verbringen. Mehr als die Hälfte der Schüler*innen hatte seltener als ein Mal pro Woche einen gemeinsamen

Corona zeigt, wie dringend notwendig Investitionen in unser Bildungssystem sind. Foto: Stock.Adobe.com/Oliver Boehmer/bluedesign®

Online-Unterricht mit einer Lehrkraft im Klassenverbund. Nur sechs Prozent hatte täglichen Online-Unterricht. Fast alle Schüler*innen (96 Prozent) erhielten wöchentlich Aufgaben zur Bearbeitung. Das bedeutet, dass sich fast alle Schüler*innen den Unterrichtsstoff selbst beibringen oder die Eltern dafür herhalten mussten. Dies führte zu einer stärkeren Ungleichheit zwischen den Schüler*innen. Kinder aus Akademikerhaushalten hatten es hier deutlich leichter, weil oft Elternteile zu Hause in Home-Office arbeiteten und mit dem Unterrichtsstoff eher vertraut waren. Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten und mit Eltern in systemrelevanten Berufen traf es hier schwerer, weil sie bei der Bearbeitung der Aufgaben meistens auf sich allein gestellt waren.

Andere Freizeitgestaltung

Neben der Herausforderung des Distanzlernens waren die meisten Heranwachsenden von eingeschränkter Freizeitgestaltung betroffen. Sie konnten ihre Freunde, Großeltern oder andere wichtige Bezugspersonen nur sehr begrenzt oder gar nicht sehen, der Vereinsbetrieb wurde eingestellt und die Freizeiteinrichtungen mussten schließen. Die Folge daraus war, dass die mit Tätigkeiten wie Fernsehen, Computerspielen und Handy verbrachte Zeit von vier auf 5,2 Stunden täglich gestiegen ist.

Nach den monatelangen Schulschließungen kam es dann im Mai zu den schrittweisen Öffnungen. Die Abschlussklassen und die jüngeren Schüler*innen durften wieder in die Schule. Der Rest hatte meist Wechselunterricht in geteilten Klassen. Nach den Sommerferien startete dann der reguläre Schulbetrieb bis zum vergangenen Dezember.

In dieser Zeit wurden die Folgen der coronabedingten Schulschließungen sichtbar und es war durchaus absehbar, dass es eine zweite Welle der Pandemie geben wird. In dieser Zeit hätten die Kultusminister der jeweiligen Länder Konzepte für erneute Schulschließungen und digitalen Unterricht erstellen müssen, damit die Schulen auf eine zweite Welle vorbereitet sind. Leider wurde diese Gelegenheit in allen Bundesländern nicht genutzt. An vielen Schulen herrschten die Zustände wie vor der Pandemie, ohne umfassende Hygienemaßnahmen, außer das allseits bekannte Lüften der Klassenräume. Als sich das Jahr dem Ende zuneigte und die Temperaturen runter gingen, wurde weiter auf das bekannte Mittel Lüften zurückgegriffen, sodass die Bilder von Schüler*innen mit Mütze und Schal im Unterricht entstanden. Darüber hinaus standen die Schulen vor dem Problem, genug Lehrkräfte für den Präsenzunterricht bereitzustellen. Durch den sich verschärfenden Lehrkräftemangel und den hohen Altersdurchschnitt der Lehrkräfte ist der Anteil der Lehrkräfte, welche zur Risikogruppe gehören, relativ hoch.

Das gleiche Spiel von vorne

Als die Inzidenzen bei den Infektionszahlen massiv stiegen und die vorhergesagte zweite Welle eintrat, wurden die Schulen im Dezember kurz vor den Weihnachtsferien wieder geschlossen und das gleiche Spiel ging wieder von vorne los. Obwohl man aus den Erfahrungen des ersten Lockdowns hätte lernen können, musste man wieder zum scharfen Schwert der Schulschließungen greifen. Der einzige Unterschied war nun, dass vermehrt auf Bildungsportale, wie Moodle, Sharezone usw. zurückgegriffen wurde, die allerdings in den ersten Tagen prompt zusammengebrochen sind.

Seit dem Ferienende im neuen Jahr sitzen wieder Millionen Schüler*innen zu Hause im Homeschooling, nur die Abschlussklassen dürfen in einigen Bundesländern wieder zur Schule. Angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens im Land ist diese Regelung wohl vernünftig, aber nur in den allgemeinbildenden Schulen, welche nur ein paar Abschlussklassen haben. Nicht berücksichtigt bei diesen Entscheidungen wurden bei diesen Ausnahmen die berufsbildenden Schulen, denn dort gehören ca. 2/3 der Schüler*innen zu den Abschlussklassen. Aus diesem Grund beklagt sich der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung zurecht, weil diese Schulform in Zeiten von 7-Tage-Werten jenseits von 200 ca. 2/3 der Schüler*innen in Präsenz unterrichten muss und damit einem massiven Risiko ausgesetzt sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Probleme in der Bildungspolitik unseres Landes in der Corona-Pandemie verstärkt an die Oberfläche traten. Fehlende digitale Lern- und Lehrmittel für Schüler*innen und starke sozioökonomische Ungleichheit führen während der Schulschließungen im Ergebnis, wenig überraschend, zu einer stärkeren Ungleichbehandlung. Die Folge daraus sind überforderte Lehrkräfte und Schüler*innen, die irgendwie mit der Situation mehr schlecht als recht klarkommen müssen. Hier hat die Politik in den letzten Jahren versagt und es bleibt nur zu hoffen und dafür zu kämpfen, dass nach der Pandemie deutlich mehr in die Bildung unseres Landes investiert wird. Insbesondere in eine ausreichende digitale Infrastruktur in den Schulen muss mehr Geld fließen, um unseren Schüler*innen nach Corona eine bessere und gerechtere Bildung bieten zu können.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91
kontakt@sgksachsen.de
www.sgksachsen.de

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Vincent Ackermann
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgk-thueringen.de
www.sgkthueringen.de

SGK Sachsen-Anhalt e.V.
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Katharina Zacharias
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
info@sgk-lsa.net
www:sgk-lsa.net

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld